

Doro Moritz
GEW-Landesvorsitzende

Stuttgart, 27. Februar 2009

Rede für die Kundgebung am 27. Februar
Tarif- und Besoldungsrunde 2009

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

drei ergebnislose Verhandlungsrunden liegen hinter uns. Ab morgen muss es vorwärts gehen!

Wir, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB, haben Ministerpräsident Oettinger beim Politischen Aschermittwoch der CDU klar gesagt, was wir von ihm erwarten. Wir erwarten, dass er den Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Finanzminister Möllring, dazu auffordert, ernsthaft und zielorientiert mit den Gewerkschaften zu verhandeln und ein vernünftiges Angebot vorzulegen. Auch Finanzminister Stächele haben wir am Abend diese Position mit Nachdruck vorgetragen. Wir stehen hier und streiken für ein Konjunkturprogramm 3, nämlich 8 Prozent mehr Gehalt, einen Sockel von 200 € und eine kräftige Erhöhung der Anwärterbezüge!

Der bisherige Ablauf der drei Verhandlungsrunden war indiskutabel. Die Arbeitgeber wussten genau, dass die Gewerkschaften das Angebot von 4,2 Prozent ab 01. Juli nicht akzeptieren. Deshalb saßen sie zwei Stunden später schon wieder in ihrem Flieger. Sie hatten ihn schon vor den Verhandlungen gebucht. Ernsthafte Verhandlungen sehen anders aus!

Inakzeptabel war auch, wie die Arbeitgeber über teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen redeten. „Boutiquen-Lehrerinnen“ haben sie sie genannt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die teilzeitbeschäftigten Frauen leisten jede Menge unbezahlte Mehrarbeit und müssen sich solche Macho-Sprüche nicht bieten lassen! Ohne Teilzeitbeschäftigte würde der Schulbetrieb gar nicht funktionieren.

Indiskutabel ist auch, wie die Verhandlungsführer der Arbeitgeber, allen voran FM Möllring, versucht, uns mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise unter Druck zu setzen. Die Argumentation mit der wirtschaftlichen Situation ist ja nichts Neues. Arbeitgeber verhalten sich im Aufschwung und im Abschwung immer gleich: Geld für die Beschäftigten ist nie da.

Den Beschäftigten, die in den letzten zehn Jahren Reallohnverluste hinnehmen mussten, die aktuelle Wirtschaftslage entgegen zu halten, ist mehr als zynisch. Auch wenn wir die Dramatik der Situation nicht verkennen, vergessen wir nicht, wer dafür verantwortlich ist. Einige wenige haben mit Leerverkäufen, Immobilienspekulationen und maßloser Gier den gesellschaftlich erzielten Wohlstand verzockt. Und nun sollen die, die immer davor gewarnt haben, die Zeche zahlen. Nämlich die abhängig Beschäftigten. Dazu sagen wir: Nicht mit uns!

Uns wird vorgeworfen, jetzt hohe Lohnforderungen zu stellen, sei nicht zeitgemäß. Das Geld werde jetzt für Investitionen gebraucht. Schließlich könne man das Geld, das ohnehin nur durch Neuverschuldung aufgebracht werden kann, nicht zweimal ausgeben. Solche Sorge hätte den Mahnern in der Vergangenheit besser angestanden als heute. Deutschland muss sich jetzt für ein kräftiges konjunkturelles Gegensteuern entscheiden, damit es nicht zu einem Einbruch kommt. Dies fordern nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Experten wie der Internationale Währungsfonds oder die OECD. Sie sagen deutlich, dass Deutschland eine der Lokomotiven in der internationalen Krisenbekämpfung sein muss und sein kann. Die Stimulierung der Binnennachfrage ist der einzige Ausweg aus der Krise.

Durch Lohnzurückhaltung wurden auch bisher keine Arbeitsplätze geschaffen. Der Stellenabbau der Länder in den vergangenen Jahren hat diese Behauptung schon längst als Lüge entlarvt. Ein Blick in die Nachbarländer zeigt: Deutschland ist seit Jahren nicht nur Schlusslicht bei Lohnwachstum, sondern auch bei der Beschäftigungsentwicklung. Das einzige, was sich in Deutschland in den vergangenen Jahren rekordverdächtig entwickelt hat, sind die Gewinne für Leute, die keine Skrupel haben, das volkswirtschaftliche Vermögen durch verantwortungsloses Management zu verzocken.

Wir brauchen einen Sockel für die unteren Lohngruppen. Wir brauchen aber endlich auch mal wieder für den gehobenen und höheren Dienst eine spürbare Gehaltserhöhung. Wir wissen natürlich, dass am Ende jeder Verhandlung ein Kompromiss steht. Weil wir wollen, dass dieser Kompromiss zu unseren Gunsten ausgeht, gehen wir heute auf die Straße und streiken.

Wir lassen uns nicht unter Druck setzen mit dem Argument unserer sicheren Arbeitsplätze. Wir erleben als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes durchaus kein Schlaraffenland.

Ich zitiere den Ministerpräsidenten: „ Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Dienst, um gute Leute zu bekommen.“

Lieber Ministerpräsident, dann müssen Sie die Forderungen der Gewerkschaften nach 8 Prozent mehr Gehalt erfüllen. Beschäftigte, die mit ihrer Qualifikation anderswo arbeiten können, gehen längst nicht mehr in den öffentlichen Dienst. Ein Beispiel dafür ist der Lehrermangel an den beruflichen Schulen. 8 Prozent – das ist eine der Antworten auf den sich abzeichnenden Lehrermangel!

Ich frage Sie, Herr Oettinger, halten Sie es für attraktiv, dass jährlich 11.000 Referendarinnen und Referendare nach einem langen Studium von 930 bis 1.130 Euro brutto monatlich leben, Wohnung und Auto, womöglich auch Familie davon finanzieren? Nein, Herr Oettinger, das ist nicht attraktiv. Für diese Armutsausbildung fordern wir eine kräftige Erhöhung der Anwärterbezüge!

Ich frage weiter, Herr Oettinger, halten Sie es für attraktiv, dass rund 2.500 Lehrerinnen und Lehrer mit miserablen Stufenzuordnungen nach dem TV-L im letzten Schuljahr befristet beschäftigt waren, keine Perspektive bekommen und das Land gleichzeitig viel Geld in die Abwerbung von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Bundesländern steckt? Nein, Herr Oettinger, das ist nicht attraktiv!

Herr Oettinger, macht es den öffentlichen Dienst attraktiv, dass 600 dieser Lehrerinnen und Lehrer Ende Juli aus ihren befristeten Verträgen für sechs Wochen Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden und nach den Sommerferien wieder befristet beschäftigt werden? Nein, Herr Oettinger, das ist indiskutabel.

Und weiter: Macht es den öffentlichen Dienst attraktiv, dass die 400 pädagogischen Assistentinnen und Assistenten, die an den Hauptschulen wertvolle Arbeit leisten, bei halber Stelle von 900 Euro brutto leben sollen? Nein, Herr Oettinger, solche Beschäftigungsverhältnisse sind sozial- und bildungspolitisch ein Skandal. Wir fordern die Eindämmung dieser Befristungs- und Einstufungswillkür. Deshalb wollen wir bei den Tarifverhandlungen neben einer satten Gehaltserhöhung weitere Verbesserungen durchsetzen:

- Der TVL muss regeln, dass Ausbildungszeiten auf die Stufenlaufzeiten angerechnet werden.
- Wildwuchs bei der Berücksichtigung förderlicher Zeiten muss durch eindeutige Bestimmungen ersetzt werden.
- Die GEW fordert Klarheit bezüglich der Verhandlungen über eine neue Entgeltordnung für den Bereich der Lehrerinnen und Lehrer und den Wissenschaftsbereich. An einer Tarifierung der Eingruppierung führt kein Weg vorbei.
- Wir erwarten auch, dass das Ergebnis der jetzt anlaufenden Eingruppierungsverhandlungen für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst auf den Länderbereich übertragen wird und damit z.B. für die Heimsonderschulen gilt.

Wir stehen hier für eine spürbare Tariferhöhung und die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten. Finanzminister Stächele hat dies am Aschermittwoch grundsätzlich zugesagt. Leni Breymaier hat sich diese Zusage gestern definitiv vom MP geholt. Aber auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die heute solidarisch mit uns demonstrieren, muss dieser Tarifabschluss aufs Konto kommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit dem Rückenwind unserer Kundgebung fahre ich gerne morgen früh nach Potsdam. Ich betone ohne Einschränkung: Unsere Arbeit ist eine achtprozentige Gehaltserhöhung wert!